

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

41. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. April 2002, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Siegfried Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Helga Kleiner (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:**Anhörung****Tag der Initiativen**

Name	Institution oder Verband	Umdruck	Seite
Gert Pechbrenner Fritz Bremer	Elternhilfe für Kinder mit Rett-Syndrom in Deutschland e.V., Regionalgruppe Nord	15/2058 15/2077 15/2078	4
Irmgard Gillert	Vorsitzende des Fördervereins Hospizinitiative Neumünster	15/2057	6
Regina Wichmann- Roß	Krankenhauspastorin am Friedrich-Ebert-Kranken- haus Neumünster	15/2079	6, 13
Erika Koepsell	vormals Stationsleitung der Palliativ-Station im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster		6
Inge Maier Werner Schlahn Doris Junge	„Hilfe für Tschernobyl-Kinder“, Dobersdorf	15/2054	7
Dirk Schultz Jens Mädler	Sport Piraten	15/2069 15/2080	9
Sharif Rahim Karin Hütgens	Shefa - Transkulturelles Zentrum Schleswig-Hol- stein	15/2053	11
Hannelore Laue	„Lütjenburger Tafel“	15/2026	12
Manfred Kerl Mark Sauer	Verein Miteinander Leben e.V.	15/2061 15/2094	12

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Tag der Initiativen

Elternhilfe für Kinder mit Rett-Syndrom

Herr Pechbrenner informiert anhand eines Films und anhand von Schaubildern über das Rett-Syndrom, niedergelegt in den Umdrucken 15/2058, 15/2077 und 15/2078. Weitere Informationen gebe es im Internet unter „www.rett.de“.

Herr Bremer formuliert die Forderungen der Elternhilfe an die Politik, Umdrucke 15/2058, 15/2077 und 15/2078.

Herr Pechbrenner schildert, in Deutschland gebe es 155 Fördermöglichkeiten, die von 38 Stellen bearbeitet würden, was unübersichtlich sei. Demgegenüber gebe es in Frankreich eine einzige Familienkasse, die alle Fördermöglichkeiten ausschöpfe.

Herr Bremer macht darauf aufmerksam, dass die beabsichtigten Pflegeberatungsstellen mit Kompetenz für die Pflege kleiner Kinder auszustatten seien. Servicestellen müssten Informationen - etwa diagnostischer, heilpädagogischer oder sozialrechtlicher Art - gebündelt geben können.

Abg. Dr. Garg erkundigt sich, ob das integrative Angebot durch die Umsetzung des SGB IX gefährdet sei.

Herr Pechbrenner nennt auf die Frage des Abg. Baasch die Fallzahlen der Regionalgruppe Nord: 20 in Schleswig-Holstein, 15 in Hamburg und drei bis vier in Mecklenburg-Vorpommern. Die Elterninitiative habe nie einen Antrag auf öffentliche Förderung gestellt, da sie sich auf drei Bundesländer verteile.

Für Mutter-und-Kind-Kuren - angesprochen durch den Abg. Geerds - gebe es in Deutschland eine einzige Einrichtung in Kirchberg/Jagst. Ein Grund sei, dass mit 350 betroffenen Kindern deutschlandweit die Klientel gering sei.

Die Kinder besuchten eine Regelschule oder eine Ersatzschule. Eine Nachmittagsbetreuung gebe es in Schleswig-Holstein nicht - danach hat sich die Abg. Birk erkundigt -; das sei Sache der Eltern.

Laut Gesetz solle es ab 1. Juli 2001 in jedem Kreis Servicestellen für Behinderte geben - ebenfalls von der Abg. Birk angesprochen -, was jedoch noch nicht überall der Fall sei.

Herr Bremer schildert die Nachmittags- und Abendbetreuung für ein schulpflichtiges Kind. Dafür seien allein die Eltern zuständig, auch finanziell. Rund um seine Tochter habe er ein System ambulanter Hilfe organisiert, wofür auch das Pflegegeld verwendet würde, das dafür aber nicht reiche.

Er hege die Befürchtung, dass weder die Servicestellen noch die Pflegeberatungsstellen die Hilfe anbieten könnten, die für Eltern notwendig sei, die noch keine Klarheit über die Diagnose hätten. Zu wünschen seien Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Krisensituationen mit sozialrechtlicher, heilpädagogischer, pädiatrischer, diagnostischer und sozialpädagogischer Kompetenz.

Herr Pechbrenner antwortet auf eine Frage der Abg. Kleiner, seit zwei Jahren sei es möglich, bei einer Blutuntersuchung mit Hilfe des genetischen Markers MECP 2 festzustellen, ob ein Kind das Rett-Syndrom habe oder nicht. Die 4.000 DM bis 5.000 DM hätten die Kassen in den meisten Verdachtsfällen für eine Untersuchung bezahlt.

Herr Bremer ergänzt, erste Hinweise auf die Krankheit gebe es nicht vor dem 15. oder 16. Lebensmonat. Dann allerdings könnten dank der Sicherheit des genetischen Tests heilpädagogische Frühfördermaßnahmen sofort einsetzen. Hierin liege ein Segen dieser Untersuchung. Diese Möglichkeit dürfe allerdings nicht dazu führen, behindertes Leben zu verhindern. Das Leben mit behinderten Menschen müsse im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Herr Pechbrenner schildert auf eine Frage des Abg. Baasch die Situation einer betroffenen Familie. Es habe in der Vergangenheit bis zu zwei Jahren gedauert, bis die Diagnose feststanden habe. Servicestellen seien der richtige Ansatz.

Im Theodor-Schwarz-Haus in Travemünde-Brodten würde Ende Mai ein dreitägiges Familienseminar abgehalten. Das diesjährige Thema sei die Musiktherapie.

Das Rett-Syndrom sei in den 60er-Jahren erstmals beschrieben worden, dann nicht weiter beachtet worden und seit den 80er-Jahren bekannt. Früher Erkrankte - danach hat die Abg. Tenor-Alschausky gefragt - lebten bisweilen als körperlich und geistig Behinderte oder Autisten - diese Diagnose sei jedoch falsch - in verschiedenen Einrichtungen. Die Elternhilfe helfe bei der Suche nach Einrichtungen für Menschen mit Rett-Syndrom, wenn sie der Familie entwüchsen.

Herr Bremer fügt an, bei einer Häufigkeit von einem Krankheitsfall bei 10.000 Mädchengeburten müsse davon ausgegangen werden, dass in Deutschland mehrere hundert Frauen ohne richtig gestellte Diagnose lebten, die auch nicht entsprechend gefördert würden. Professor Hanefeld habe Nachforschungen über die Zeit des Dritten Reiches begonnen. Hier bestehe allerdings noch weiterer Forschungsbedarf.

Herr Pechbrenner erwähnt abschließend den Fall einer Familie, die kürzlich durch die Internetseite „www.rett.de“ erkannt habe, dass ihre 23 Jahre alte Tochter das Rett-Syndrom habe.

Hospizinitiative Neumünster

Frau Gillert stellt die Hospizinitiative Neumünster vor, Umdruck 15/2057. Sie habe die dringende Bitte nach einer Koordinierungsstelle mit sozialpädagogischer Kompetenz.

Frau Wichmann-Roß ergänzt um das Konzept der Ausbildung zur Hospizmitarbeiterin/zum Hospizmitarbeiter - siehe Anhang 1 - und stellt die „Gesprächsgruppe für trauernde Menschen“ der Hospizinitiative Neumünster vor - zehn Treffen in zweiwöchigem Rhythmus - sowie das „Trauercafé“ am Wochenende auf dem Friedhof.

Frau Koepsell legt die konzeptionellen Überlegungen für eine Hospiz-Gästewohnung dar, Umdruck 15/2079.

Abg. Baasch sagt seine Unterstützung zu, die Richtlinien so zu fassen, dass das sozialpädagogische Moment zum Tragen kommen könne, wie es Frau Gillert gefordert habe.

Abg. Jahner weist darauf hin, dass die Pflegeberatungsstelle auch mit einer Sozialpädagogin besetzt sei. Das Land habe sich an der Anschubfinanzierung beteiligt, die dann von den Krankenkassen weiterzuführen sei. Der Abgeordnete würdigt die Arbeit der Hospizinitiative als sehr

wichtig. Vorbildlich sei die Zusammenarbeit in Neumünster. Denn es gebe auch eine andere Richtung, die die Gesellschaft für humanes Sterben gehe.

Frau Gillert antwortet auf die Frage der Abg. Birk nach der Situation in Krankenhäusern, ihre Zielvorstellung sei eine Hospizbegleitung in allen Krankenhäusern. In Alten- und Pflegeheimen versuche das die Hospizinitiative. Die Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens stünden dem aber entgegen. Bis sich hier etwas ändere, müssten Zwischenlösungen gefunden werden.

Es sei nicht damit zu rechnen, dass die Krankenkassen neue stationäre Hospize bewilligten - eine Frage des Abg. Baasch. Ambulante Pflege und hausärztliche Leistungen würden abgerechnet; angestrebt werde jedoch eine Sondervereinbarung pro Bett in der Gästewohnung. In England sei eine Hospiz-Gästewohnung so selbstverständlich wie ein Kindergarten - danach hat sich der Abg. Geerds erkundigt. Auch in Turku in Finnland und in Arnsberg im Sauerland gebe es so etwas.

Im Juni solle eine Entscheidung über den Beginn des Projekts Gästewohnung fallen. Neumünster stehe der Hospizinitiative sehr aufgeschlossen gegenüber. Es gebe Verhandlungen mit dem Land, die Gästewohnung zu einem Modellprojekt zu machen. Sie, Irmgard Gillert, werbe bei den Abgeordneten um Unterstützung.

Frau Wichmann-Roß nennt als Motivation - eine Frage des Abg. Dr. Garg - den Wunsch von Altenpflegern und Krankenschwestern nach zusätzlicher beruflicher Qualifikation, eigene alte Eltern, die Suche nach einer sinnvollen Tätigkeit oder die Auseinandersetzung mit dem eigenen Tod oder mit spirituellen Fragen.

Frau Koepsell weist abschließend darauf hin, dass mit der Gästewohnung ein neuer Weg beschritten werden solle: Ärztliche und ambulante Pflegedienste, die existierten, würden gebündelt und die Menschen, deren Krankheit bereits fortgeschritten sei, würden ehrenamtlich begleitet.

„Hilfe für Tschernobyl-Kinder“

Frau Maier stellt die Initiative „Hilfe für Tschernobyl-Kinder“ vor, Umdruck 15/2054. Sie weist darauf hin, dass neuerdings für Hilfsgüter Zoll gezahlt werden müsse.

Herr Schlahn berichtet von der Hilfsbereitschaft von Kommune, örtlichem Gewerbe und Ärzten, die den Kindern den Aufenthalt angenehm machten, ohne dafür Geld zu nehmen.

Frau Maier beklagt die Erschwernisse und Verteuerungen. Die Busfahrt von und nach Tschernobyl kostet 250 DM pro Kind. Für Polen sei nun ein Durchreisevisum erforderlich, das 50 DM koste. Weihnachtspakete, die Ende November abgeschickt worden seien, seien im Februar oder März angekommen. Seit diesem Jahr bräuchten die Kinder eine Genehmigung von der Schule, obwohl sie in den Ferien kämen.

Abg. Kalinka regt an, dass sich der Ausschuss wegen der Zollgebühren an das Auswärtige Amt wenden solle.

Der Vorsitzende informiert, dass der Ausschuss nichts mit Außenwirkung beschließen könne; das sei Sache des Landtags als Ganzes (siehe hierzu Vermerk des Wissenschaftlichen Dienstes vom 4. September 1990 für den Sozialausschuss). Jedoch habe sich auch der Europaausschuss mit den Visumschwierigkeiten mit Weißrussland befasst. Der Ausschuss werde prüfen, auf welchem Wege die angesprochenen Schwierigkeiten behoben werden könnten, und diesen beschreiten.

Abg. Birk weist darauf hin, dass die Visumpflicht durch die EU verursacht sei, nicht etwa durch Polen. In Sachen Zoll halte sie das Auswärtige Amt für den richtigen Adressaten, um zu erfahren, welche Maßnahmen durch die EU und welche durch die Länder selber veranlasst seien.

Frau Maier antwortet auf eine entsprechende Frage der Abg. Birk, zahlreiche Tschernobyl-Initiativen hätten sich in einem Verband zusammengeschlossen, in dem Erfahrungen ausgetauscht würden. Kinder dürften bis zum 18. Lebensjahr kommen. Der Kontakt zu den Gasteltern reiße in der Regel nicht ab. Was die Zukunft für die jetzt Jugendlichen bringen werde, auch gesundheitlich, wisse niemand.

Frau Junge bestätigt aus eigenem Erleben, dass Freundschaften entstünden, auch zwischen den ukrainischen Kindern, die gemeinsam in einer Gastfamilie lebten, und ihren Eltern.

Abg. Baasch regt an, dass die Abgeordnetengruppe, die im laufenden Jahr nach Weißrussland und Russland reise, das Zollproblem ansprechen solle.

Frau Maier antwortet auf die Frage des Abg. Baasch nach professioneller Unterstützung, etwa durch das Rote Kreuz, mehrere Vereine hätten sich zusammengeschlossen und schickten und verteilten die Pakete gesammelt. Ehrenamtlich geleitet würde das Ganze von einem Arzt. Es

dürften nur Pakete für die Kinder geschickt werden oder es müsse Zoll gezahlt werden, was nicht finanzierbar sei.

Herr Schlahn bittet darum, die Art der Kontrolle an der polnischen Grenze anzusprechen. Der Bus habe sowohl bei der Einreise als auch bei der Ausreise nach Weißrussland mehrere Stunden warten müssen, obwohl auf der Straße nichts los gewesen sei. Er selber sei einmal mit Maschinengewehr im Rücken aus dem Bus geholt worden.

Der Vorsitzende bestätigt diese Erfahrung. Das sei kein Einzelschicksal.

Frau Maier bittet um einen Tipp, woher sie Geld bekommen könne.

Der Vorsitzende versichert, der Weg des persönlichen Kontakts, wie er von der Initiative eingeschlagen werde, sei sehr effizient. Der Ausschuss und jeder seiner Mitglieder habe das Anliegen aufgenommen.

(Unterbrechung von 12:30 bis 13:30 Uhr)

Sport Piraten

Herr Mädler stellt das Projekt Sport Piraten vor, Umdrucke 15/2069 und 15/2080.

Herr Schultz ergänzt um die Aktivitäten, ebenfalls Umdrucke 15/2069 und 15/2080.

Auf die Frage der Abg. Birk nach der Problematik der stadtteilweisenden Bildung von Gangs in Flensburg nennt er konkrete Projekte in den einzelnen Stadtteilen. Es gebe Vernetzungen untereinander und zu Jugendzentren und Kontakte zur Polizeistation. Laut Aussage eines Polizisten sei es durch das Medium Skaten ruhiger geworden.

Zum Stichwort multikulturell verweist Herr Schultz auf die Fußballnacht, Umdruck 15/2069. Eine rechte Gruppe um einen bestimmten Jugendlichen habe sich aufgelöst. Bei nächtlichen Veranstaltungen würden die Jugendlichen von den Eltern abgeholt.

Schulhöfe stünden zur Verfügung, wenn die Hausmeister mitspielten, seien jedoch nicht für alle Sportarten geeignet. Ein Streetworker der Stadt Flensburg habe ein Konzept für Multifunktionsflächen ausgearbeitet, auf der je nach Bedarf Rampen, Basketballkörbe oder Fußballtore aufgestellt werden könnten.

Es gebe keine Mittel des Sportbundes für „Sport gegen Gewalt“ - eine Frage des Abg. Gerdts -, da das Projekt nicht den traditionellen Strukturen des Sports entspreche. Auch Mischfinanzierung sei nicht möglich.

Herr Mädler fügt an, zentraler Punkt des Projekts „Sport Piraten“ sei die Finanzierung der festen Stelle des Herrn Schultz, der die Beziehungsarbeit leiste. Es sei leichter möglich, Sachmittel zu bekommen, als die Zusage einer festen Stelle, die allerdings für ein Dreivierteljahr gesichert sei.

Herr Schultz schildert auf eine Nachfrage der Abg. Kleiner, dass nach einem Mitternachtsprojekt kein Jugendlicher allein nach Hause gehe, sie würden entweder von den Eltern abgeholt oder gingen in Gruppen heim. Randalen gebe es nicht, da die Leute nach den Spielen ausgelaugt seien.

Begleitet würden solche Projekte im Verbund mit Streetwork, oft auch mit der Polizei.

Angefangen habe das Ganze mit seinem Praktikum als Erzieher in einem Haus der offenen Tür. Vom Bereich Streetwork der Stadt Flensburg habe er das Angebot bekommen, ein Praktikum mit der Zielsetzung, Sportsozialarbeit zu etablieren, zu machen. In Anlehnung an das Projekt „Auszeit“ in Hessen seien dann die Sport Piraten entstanden. Das Sportmobil falle auf und ziehe die Jugendlichen an. Mund-zu-Mund-Propaganda spiele die größte Rolle, Plakate und Infomaterial wirkten nur begrenzt. Die Pressearbeit werde für die Öffentlichkeit, nicht für die Zielgruppe gemacht. Schwerpunkt der Arbeit sei die aufsuchende Jugendarbeit. Die Ideen kämen aus der Situation heraus.

Abg. Baasch merkt an, dass das Land in Flensburg die „Campus-Halle“ bezahlt habe; daher müsse sie dafür auch nutzbar sein. Der Abgeordnete vertritt die Auffassung, dass für Mädchen andere Angebote vorgehalten werden müssten als für Jungen, etwa Reiten.

Abg. Hinrichsen weist darauf hin, dass Mädchen gerne Fußball spielten, aber ab einem gewissen Alter die Mannschaft verlassen müssten, weil das Reglement es so vorsehe.

Herr Schultz legt dar, eine Frau als Kontaktperson würde mehr Mädchen ansprechen, weil der Sport lediglich das Medium sei. Es gebe auch eine Zusammenarbeit mit einer Kollegin von einem Haus der offenen Tür. Jedoch habe eine Einladung zu einem Fanprojekt des FC St. Pauli, einem Mädchenfußballturnier, ausgeschlagen werden müssen, weil er, Dirk Schultz, nicht den entsprechenden Kontakt zu den Mädchen habe.

Das Projekt Sport Piraten werde getragen von ihm, den Mitarbeitern des Flensburger Jugendrings und jüngeren Jugendlichen, die in eine bestimmte Aufgabe hineinwüchsen. Einer betreue zum Beispiel die Homepage, ein 14-Jähriger habe mit ihm zusammen ein Turnier für Kinder organisiert.

Shefa - Transkulturelles Zentrum Schleswig-Holstein

Herr Rahim stellt das transkulturelle Zentrum vor, Umdruck 15/2053. Die psychotherapeutische Beratung für türkisch sprechende Personen sei eingestellt worden, weil die Krankenkassen die Kosten nicht übernommen hätten, da die Ärztin nicht zugelassen gewesen sei. Zwar gebe es begrenzt ehrenamtlich Ersatz, aber nicht vollwertig.

Er, Sharif Rahim, habe mit einer ABM-Stelle angefangen und um sich herum ein Netz von ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen aufgebaut. Deren Fluktuation sei ein Problem.

Auf Nachfrage des Abg. Dr. Garg nennt Herr Rahim das Krankenhaus, das noch keine Daten für den Gesundheitswegweiser - Umdruck 15/2053, letztes Seite, Punkt 7: Publikationen - zur Verfügung gestellt habe: das Städtische Krankenhaus. Jedoch sei die Information für kommende Woche versprochen worden. Wenn nicht, würde der Wegweiser auch so publiziert.

Migrantinnen und Migranten erführen durch die ethnischen Vereine, wohin sie sich wenden könnten. Eine zentrale Anlaufstelle gebe es nicht. Für Ältere gebe es kaum Angebote. Sie würden traditionellerweise noch von den Angehörigen aufgefangen. Ein Altersheim mit Gebetsnischen und entsprechender Ernährung gebe es in Duisburg. Shefa gebe in diesem Bereich Hilfestellung, auch was die Weiterbildung des Personals angehe.

Shefa mache Fort- und Weiterbildung für Institutionen gegen Honorar; dieser Teil der Zusammenarbeit laufe gut; danach hat die Abg. Birk gefragt. Das Gesundheitsministerium habe geantwortet, es leiste die interkulturelle Arbeit zusammen mit den Ärztekammern selber. Was dort getan werde, sei auch gut, aber es reiche nicht aus. Shefa arbeite sehr effizient und sei in der Lage, hier Anlaufstelle und Motor zu sein. Denn zum Beispiel gebe es auch die Angst vor dem Gesundheitsamt, vor ausländerrechtlichen Folgen.

Selbst das Berner Gesundheitsamt habe sich nach der Arbeit von Shefa erkundigt, auch aus Hamburg sei eine Anfrage gekommen; es habe eine Einladung zum Gesundheitstag in Berlin gegeben. Jedoch sei die Arbeit nicht zum Nulltarif zu leisten.

Auf eine Frage der Abg. Tenor-Alschausky stellt Herr Rahim klar, dass Shefa eine umfassende Gesundheitsberatung anbiete, nicht etwa Sozialberatung, wie sie AWO oder Diakonie ausreichend anböten.

Shefa arbeite mit Personen mit Migrationshintergrund zusammen - Personen mit interkultureller Erfahrung und Erfahrung im Umgang mit Migrantinnen und Migranten - und kooperiere mit entsprechenden Einrichtungen.

Lütjenburger Tafel

Frau Laue schildert anschaulich Entstehen und Alltag der Lütjenburger Tafel, Umdruck 15/2026. Auf die Frage der Abg. Kleiner nach Hilfe aus dem Kreis der Begünstigten legt Frau Laue dar, dass nur sehr wenige infrage kämen - denn alte Leute, allein erziehende Mütter oder Alkoholiker könnten es nicht; andere forderten Sonderrechte für sich -, und die würden auch regelmäßig helfen.

Verein Miteinander Leben

Herr Kerl zeigt Werdegang und tägliche Arbeit auf, Umdruck 15/2061.

Herr Sauer nennt auf Nachfrage des Vorsitzenden die Veränderungen seit der Gründung: Es gebe jetzt ein Konzept, mit Veranstaltungen aufzuklären und durch Begegnungen integrativ zu wirken.

Herr Kerl beschreibt, wie der Verein als Anlaufstelle zur Streitschlichtung fungiere.

Herr Sauer spricht als weitere Veränderung den langen Atem an, der beim Bemühen um Integration vonnöten sei. Es brauche Zeit, bis sich das Vertrauen entwickle, um mit der türkischen Bevölkerung in Kontakt zu kommen.

Herr Kerl ergänzt, gemeinsam gelöste Konflikte seien ein haltbares Bindeglied.

Sodann stellt er das Projekt „Open Mind“ vor, Umdruck 15/2094. Auf Nachfrage der Abg. Kleiner zeigt Herr Kerl auf, dass die sechs Lehrerstunden - Seite 3 des Umdrucks 15/2094 - der Ursprungsschule nicht verloren gingen: Die Schule habe von vornherein Personal für zusätzliche sechs Stunden, die dem Verein gegeben würden.

Er sagt dem Abg. Baasch zu, den Ausschuss über den Ablauf des 23. November 2002 detailliert zu informieren.

Herr Kerl vertritt die Ansicht, die noch ungedeckten zwei Drittel der Kosten des Projekts seien dann zu finanzieren, wenn der politische Wille da sei. Dafür werbe er bei den Abgeordneten. Im Verein würden ehrenamtlich Managementaufgaben geleistet, für die anderswo hauptamtliche Kräfte zur Verfügung stünden. Der Verein habe sich inhaltlich positioniert: Bildungsprojekt, Integrationsförderkonzept, Sprachförderung. Dies habe der Landtagspräsident als „existenziell“ bezeichnet.

Der Vorsitzende sagt wohlwollende Prüfung zu.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 16:45 Uhr.

gez. Beran
Vorsitzender

gez. i. V. Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin

Die Anlagen sind im PDF-Format anzusehen

Anhang 1

Inhalte:

1. Baustein: Helfendes Gespräch

zuhören – wahrnehmen – antworten

- Cohn / Themenzentrierte Interaktion
- Watzlawik, Schulz von Thun / Kommunikationstheorie
- Riemann / Grundformen der Angst
- Rogers / Klientenorientiertes Beratungskonzept mit Übungen
- Körpersprache

2. Baustein: Sterbende begleiten

mitgehen – verstehen – loslassen

- Erster und letzter Kontakt in der Begleitung
- Persönliche Motivation zur Begleitung Sterbender – Ängste, Grenzen, Hoffnungen
- Kübler-Ross / Sterbephase
- Piper / Sprache Sterbender, Symbole
- Klinische und medizinische Aspekte Sterbender
- Tod in unserer Gesellschaft
- Wahrheit am Krankenbett
- Persönliche Erfahrung bei Verlusten
- Spirituelle Begleitung

3. Baustein: Mit der Trauer leben

aushalten – weitergehen – neuwerden

- Pisarski, Kast, Schibilsky / Trauerphasen
- Vom Weg, den die Trauer geht und Traueraufgaben
- Probleme unterdrückter und verschleppter Trauer
- Bowlby / Besondere Todesumstände und ihre Auswirkungen auf den Trauerprozess
- Persönliche Verlusterfahrungen
- Abschiedlich leben

4. Baustein: Praktischer Einsatz mit Supervision